

Reynard will für jeden wählbar sein

Mathias Reynards Wahlprogramm besteht aus Ideen aus der Bevölkerung. So will der Staatsratskandidat auch die Oberwalliser gewinnen.

Melanie Biaggi

Obwohl er noch jung ist, ist SP-Nationalrat Mathias Reynard politisch bereits ein alter Hase. Nun will er von der Legislative in die Exekutive wechseln. Und dies mit einem Wahlprogramm, das auf Ideen und Vorschlägen aus der Bevölkerung beruht. «Mein Wahlprogramm für die Staatsratswahlen entstand nicht mit Parteistrategen an einem Schreibtisch», betonte er gestern bei der Präsentation vor den Medien in Sitten. Man habe sich für einen partizipativen Prozess entschieden, um möglichst präzise Vorschläge zu erarbeiten.

Zahlreiche Rückmeldungen

Die Rückmeldungen hätten seine Erwartungen übertroffen. Insgesamt habe man mehr als 400 konkrete Vorschläge erhalten, welche in allen Bereichen der staatlichen Tätigkeiten Verbesserungsmöglichkeiten aufzeigen würden. Die Ideen kamen von Menschen aller Altersgruppen, aus allen Regionen, Schichten und Parteizugehörigkeiten. Zusammen mit Fachleuten und Berufsverbänden wurden 100 Vorschläge ausgewählt. Zehn für jedes der zehn ausgewählten Kapitel in Reynards Wahlprogramm.

Das Programm des Nationalrats umfasst die Themen: Covid-19-Situation; Demokratie und Institutionen; Wirtschaft und Arbeit; Energie und Umwelt; Landwirtschaft, Weinbau – Tourismus; Familie und Jugend; Gesundheit – Soziales; Service pub-

lic und Mobilität; Kultur – Kulturerbe, Sport; Erziehung – Bildung, Forschung; sowie Gleichberechtigung und Menschenrechte.

Zu jedem Thema werden konkrete Massnahmen präsentiert. Dringliches Thema hier sicher die Corona-Pandemie. Reynard, der selbst an Covid-19 erkrankte und seinen Verlauf alles andere als mild bezeichnet, fordert in erster Linie, dass die Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal unter anderem in Spitälern und Alters- und Pflegeheimen verbessert werden müssen. Gleichzeitig müsse der Personalbestand erhöht werden.

Offenes, vielfältiges Wallis

Für die Anhänger von Reynard steht er vor allem für ein offenes, vielfältiges Wallis, das aber auch Traditionen nicht vergisst. In «diesem Wallis» hat es gemäss dem Staatsratskandidaten Platz für alle – egal ob aus einer traditionellen Familie oder Regenbogenfamilie. «Alle Formen der Diskriminierung müssen bekämpft werden. Ob aufgrund der Herkunft oder ethnischer Zugehörigkeit, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Behinderung», stellt Reynard klar.

Das Wahlprogramm ist detailliert, in allen Themenbereichen. Von der Einführung einer zusätzlichen Elternzeit von acht Wochen über die Ausweitung der «Bahnchecks», Investitionshilfen für Private, die ihr Dach mit Sonnenkollektoren eindecken wollen, bis hin zur Förderung von nachhaltigem Wein-



SP-Nationalrat und Staatsratskandidat Mathias Reynard präsentiert sein Wahlprogramm vor den Medien in Sitten.

Bild: pomona.media

bau sind diverse konkrete Massnahmen enthalten. Reynards Ziel: mit diesem Programm so viele Wähler wie möglich anzusprechen, egal welche politische Couleur sie haben.

Einen Wahlkampf in Corona-Zeiten zu führen, ist allerdings alles andere als einfach. Reynard setzt auf die sozialen Medien, Plakate und klassische Telefonaktionen. Für seinen Wahlkampf im Oberwallis kann Reynard gemäss Barbara Lanthemann, Präsidentin der SP Unterwallis, auf die Unterstützung der Oberwalliser Genossen

zählen. «Auch im Oberwallis gibt es viele, die unbedingt den linken Sitz in der Regierung erhalten möchten.» Das Budget für die Staatsratskandidatur beläuft sich auf 80 000 Franken, abgerechnet werde aber am Schluss, so Lanthemann.

Erfolglose Suche

Momentan sieht es so aus, als ob eine Frauenvertretung in der Walliser Regierung nicht zustande kommt, dies vor allem aufgrund der politischen Konstellation. Hat die SP Unterwallis denn überhaupt aktiv nach einer Frau

als mögliche Staatsratskandidatin gesucht? «Mathias Reynard hat immer gesagt, wenn eine Frau bereit wäre, würde er nicht kandidieren. Leider bekamen wir von den Frauen, welche wir kontaktiert haben, nur Absagen. Für viele von ihnen war der Zeitpunkt nicht ideal, wegen familiärer oder beruflicher Verpflichtungen», erklärt Lanthemann.

Nun startet Reynard gemeinsam mit den beiden grünen Politikerinnen Brigitte Wolf und Magali Di Marco auf einer Dreierliste ins Rennen. Für einige ist bereits jetzt

klar: Reynard wird den beiden Damen vor der Sonne stehen. Dazu Lanthemann: «Die beiden Frauen werden zeigen, dass sie nicht nur da sind, um ein paar Fotos zu machen. Sie haben ihre eigenen Programme und sind keine Alibikandidatinnen.»

Nach 24 Jahren soll der linke Sitz erstmals ins Unterwallis gehen und Reynard soll ihn holen. Der Druck ist hoch. «Ja, es gibt diesen Druck, aber ich werde sehr gut unterstützt. Oberwallis – Unterwallis, wir sind ein Kanton, Punkt», so Reynard.

Ist die «1» wenigstens dieses Jahr die Glücksnummer?

Gestern ist die Auslosung der Ordnungsnummern für die Listen der Grossratswahlen erfolgt. Die Nummer 1 erwies sich infolge des Wahlbetrugs im Jahr 2017 als veritabler Nachteil.

Bei den kommenden Grossratswahlen, die am 7. März stattfinden, bilden alle Parteilisten, die im selben Wahlkreis dieselbe Bezeichnung aufweisen, eine Listengruppe. Und weil in einer solchen Listengruppe jede Liste dieselbe Ordnungsnummer aufweisen muss, teilt das Departement für Sicherheit, Institutionen und Sport gemäss kantonalem Recht jeder Listengruppe eines Wahlkreises per Losentscheid eine Ordnungsnummer zu. Nötig geworden war diese Zuteilung der Ordnungsnummern durch ein Dekret, das vom Grossen Rat am 9. März 2016 angenommen wurde.

Die «1» brachte 2017 kein Glück

Gestern zog Staatsrat Frédéric Favre für jeden Wahlkreis die Ordnungsnummer für die Nummerierung der hinterlegten Parteilisten. Anders als noch vor vier Jahren, als die Ziehung der Nummern unter Anwesenheit der Parteipräsidenten stattfand, ist sie am Dienstag per Videokonferenz durchgeführt worden – Corona lässt grüssen.

Eigentlich könnte es den Parteien völlig egal sein, welche Nummer ihrer Liste zugeteilt wird. Denn die Zuteilung hat eher symbolischen denn politischen Charakter. Und auf den Ausgang der kantonalen Wahlen wohl kaum einen Einfluss. Dennoch gibt es Politiker, die sehen das gar nicht so und behaupten beharrlich, die Listennummer 1 bringe einen psychologischen Vorteil. Ihr Argument: Die Liste Nummer 1 erscheine beim Öffnen des Wahlkuverts als erste und falle deshalb besonders auf. Ein Blick auf die Grossratswahlen des Jahres 2017 zeigt aber, dass die «1» nicht immer Glück bringt. Bekanntlich wurden diese Wahlen von Wahlfälschungen in den drei Oberwalliser Gemeinden Naters, Brig und Visp überschattet. Man geht davon aus, dass die Täterschaft Oskar Freysinger unterstützen wollte und somit auch die SVP. Während der Wahlbetrug auf den Ausgang der Staatsratswahlen keinerlei Auswirkungen hatte, tat er dies sehr wohl auf den Ausgang der Grossratswahlen. Vor dem Hintergrund der Annahme, dass die Partei, deren

Liste die Ordnungsnummer 1 hat, einen klitzekleinen psychologischen Vorteil hat, entbehrt der Ausgang der Grossratswahlen 2017 nicht einer gewissen Ironie. Denn ausgerechnet jene Partei, die bei der Losziehung der Ordnungsnummer in beiden Oberwalliser Wahlkreisen die «1» – und somit vermeintlich das grosse Los – gezogen hat, nämlich die CSPO, stand am Ende als eigentliche Verliererin da. Die Christlichsozialen verloren satte zwei Sitze. Ohne den Wahlbetrug hätte sie nur einen verloren...

Zum zweiten Mal im Doppelporz

Es wird interessant sein zu sehen, ob die «1» wenigstens in diesem Jahr mehr Glück bringt. Staatsrat Favre nahm die Auslosung vor. Im Wahlkreis Brig (Bezirke Goms, Östlich Raron und Brig) ist folgende Reihenfolge per Los festgelegt worden: 1. SPO, Grüne und Unabhängige, 2. SVPO, 3. CSPO und Grünliberale, 4. CVPO. Für den Wahlkreis Visp (Bezirke Visp, Westlich Raron und Leuk) ergab sich folgen-



Die Nummerierung der Parteilisten hat keinerlei politischen Charakter und spielt für den Ausgang der Wahlen keine Rolle – dennoch gibt es Hartnäckige, die das Gegenteil behaupten.

Bild: pomona.media

de Nummerierung: 1. SVPO, 2. CVPO, 3. SPO, Grüne und Unabhängige, 4. CSPO, 5. FDPO.

Am 7. März 2021 finden die Grossratswahlen zum zweiten Mal nach dem System der doppelproportionalen Vertretung statt. Bei diesem Wahlsystem erfolgt die Zuteilung der Gewählten in zwei Schritten. Die Sitze werden zunächst den Parteien anhand ihrer Stärke im Wahlkreis zugeteilt. Die von

den Parteien in den Wahlkreisen gewonnenen Sitze werden anschliessend wie folgt in den Unterwahlkreisen, den Bezirken, aufgeteilt: Jeder Bezirk erhält die Anzahl Sitze, die ihm aufgrund seiner Schweizer Bevölkerung zustehen, und jede Partei erhält so viele Sitze, wie ihr aufgrund der ersten Zuteilung zukommen. Nach diesen beiden Schritten sind diejenigen Kandidaten der Liste ge-

wählt, die die meisten Stimmen erhalten haben. Es können nur Kandidaten gewählt werden, die auf einer hinterlegten Liste im Unterwahlkreis (Bezirk) stehen. Es ist nicht möglich, einen Kandidaten eines anderen Unterwahlkreises zu wählen, auch wenn dieser Unterwahlkreis zum selben Wahlkreis gehört.

Werner Koder